

Verantwortung für die Begrenzung des Klimawandels und seiner Folgen übernehmen

Die Kölner Gespräche des Kolpingwerkes Deutschland beschäftigen sich in diesem Jahr mit der Frage, welche Verantwortung Politik und Wirtschaft, Zivilgesellschaft und jeder einzelne Mensch bei der Begrenzung des Klimawandels und seiner Folgen tragen. Hierzu bezieht der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Stellung.

Durch den Klimawandel sieht sich die Menschheit einer noch nie dagewesenen Bedrohung ausgesetzt. Dies verdeutlichen etliche Entwicklungen und Katastrophen in den vergangenen Jahren: langanhaltende Hitzewellen und Dürreperioden, großflächige Waldbrände, unvorhergesehene Starkregenfälle mit Überschwemmungen sind nur einige Beispiele für extreme Wetter- und Klimaereignisse. Nach heutigem Stand der Wissenschaft werden diese immer häufiger und intensiver auftreten.

Eine wesentliche Ursache für den Klimawandel ist die Erzeugung von Treibhausgasen, insbesondere durch die Nutzung fossiler Brennstoffe. Das bei der Verbrennung von Öl, Kohle und Gas entstehende Kohlenstoffdioxid (CO₂) beeinflusst Natur und Umwelt auf schädliche Weise und beschleunigt damit die Veränderungen des Klimas dramatisch. Infolgedessen hat sich die durchschnittliche Erdtemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter schon um mehr als ein Grad erhöht. Dabei wirkt sich der Klimawandel auf vielfältige Weise aus. Er schränkt die gewohnte Lebensweise von Milliarden Menschen weltweit ein, zerstört die Existenzgrundlage von Millionen und bedroht zahlreiche Menschenleben sowie die Artenvielfalt.

Der Klimawandel hat weitreichende Konsequenzen: Wohnraum und Infrastruktur werden durch Überschwemmungen, Brände und Stürme zerstört, Menschen verletzt oder sogar getötet. Hitzewellen und Trockenheit bringen neben verschiedenen gesundheitlichen Folgen auch Ernteeinbußen und Hungersnöte mit sich. In der Konsequenz treten Millionen von Menschen aus Not und Verzweiflung die Flucht an.

Die Klimafrage ist eine soziale Frage

Gerade ärmere Menschen leiden besonders unter dem Klimawandel. Dabei tragen sie am wenigsten dazu bei. So hat das reichste Prozent der Menschheit zwischen 1990 und 2015 mehr als doppelt so viel klimaschädliches CO₂ ausgestoßen wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung.¹

¹ <https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>

Nicht nur weltweit, sondern auch in Deutschland sind ärmere Menschen besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Sie können sich beispielsweise aufgrund ihrer Wohn- und Arbeitssituation häufig schlechter vor Hitze schützen. Auch beim Thema Klimaanpassung sind sie benachteiligt. Sie verfügen meist nicht über die finanziellen Ressourcen, um kurzfristig eigeninitiativ Maßnahmen zu ergreifen. Auch die Folgen von Trockenheit und Dürre treffen einkommensschwache Menschen aufgrund von Preissteigerungen für Lebensmittel deutlich stärker.

Die Politik ist gefordert

Wie die jüngsten Herausforderungen infolge der Coronapandemie und des Ukrainekrieges gezeigt haben, ist die Politik durchaus in der Lage auch kurzfristig zu reagieren, Regelungen zu beschließen und finanzielle Entlastungen auf den Weg zu bringen.

Auf diese Weise müssen auch in Bezug auf die Klimaproblematik zahlreiche politische Maßnahmen erfolgen, deren positiver Effekt zweifelsfrei bewiesen ist. Dazu gehören ein intensiverer Schutz und Ausbau von natürlichen Kohlenstoffspeichern, wie zum Beispiel von Mooren und Wäldern. Es braucht auch Maßnahmen zur Klimaanpassung, beispielsweise durch Schaffung von Grünflächen und den Ausbau von Radwegesystemen in urbanen Zentren. Zugleich müssen auch kurzfristig greifende politische Maßnahmen diskutiert werden – von Tempolimit, der Streichung klimaschädlicher Subventionen, über Anreize zum Energiesparen und energetischen Sanieren bis hin zu beschleunigten Verfahren zum Ausbau von erneuerbaren Energien. Bei diesen unterschiedlichen Maßnahmen muss auf eine sozial ausgewogene Gestaltung geachtet werden. Gleichzeitig muss es staatliche Kompensationsmaßnahmen geben. Generell sollten in Zukunft alle politischen Initiativen und Gesetze hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Klima und auf Verteilungsgerechtigkeit noch konsequenter geprüft werden.

Engagement durch Eigenverantwortung und Gemeinsinn

Neben allen politischen Anstrengungen braucht es auch eigenverantwortliches Handeln. Mit Blick auf den Verbrauch von natürlichen Ressourcen sind alle gefordert, ihr individuelles Verhalten auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gilt es verschiedene Maßnahmen in den Blick zu nehmen: Von einem Verzicht auf unnötige Fahrten mit dem Auto und einem Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr über den nachhaltigen Konsum von Nahrungsmitteln und Bekleidung bis hin zu einer Reduzierung des heimischen Energiebedarfs. Die Vielzahl an möglichen Maßnahmen zeigt, dass durch wohlbedachtes individuelles Verhalten (auch ungeachtet vom Einkommen) Energie gespart werden kann.

Ein sparsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen kann den Blick dafür weiten, in welchen Lebensbereichen klimaschonend und nachhaltig gewirtschaftet werden kann. Gleichzeitig dürfen alle in ihrem Verhalten nur so stark gefordert sein, wie es nach ihren individuellen Möglichkeiten vertretbar ist.

Kolping trägt Verantwortung

Als weltweit tätiger Verband engagiert sich KOLPING für die Erhaltung der menschlichen Lebensgrundlagen. In Deutschland finden sich etliche Initiativen, die sich der Bewahrung der Schöpfung widmen. Die Kolpingjugend im Kolpingwerk Deutschland startet in den kommenden Wochen ein neues Projekt: Mit einem Klimamobil wird in Kolpingsfamilien, an Schulen und weiteren Einrichtungen im Rahmen niedrigschwelliger Bildungsarbeit für Nachhaltigkeit geworben. Auf diesem Weg leistet auch das Kolpingwerk – mit mehr als 200.000 Mitgliedern einer der großen zivilgesellschaftlichen Akteure in Deutschland – einen Beitrag. In einem ersten Schritt hat es sich die Kolpingjugend zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu

werden. Ein nachhaltiges Modernisieren und Wirtschaften in den Einrichtungen und Unternehmen des Verbandes ist aus diesem Gedanken heraus selbstverständlich.

Nur gemeinsam lassen sich der Klimawandel und seine Folgen begrenzen. Mit Mut und Tatkraft können Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, aber auch jede*r Einzelne dazu beitragen, die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen. Ganz im Sinne des Verbandsgründers Adolph Kolpings schauen wir trotz aller Herausforderungen optimistisch nach vorne: „Die Zukunft gehört Gott und den Mutigen.“

Der Bundesvorstand des Kolpingwerkes Deutschland

Köln, 16. März 2023